

Wissenschaft an Politik

Im Superwahljahr 2024 fragen wir die Wissenschaft, was sie von der Politik erwartet – auf österreichischer und europäischer Ebene. Wir starten diese neue Serie in ÖKO+ mit Herwig Schneider vom IWI und Oliver Dworak vom EIW.

Herwig Schneider, Geschäftsführer Industriewissenschaftliches Institut IWI: „Österreich ist auch im Jahr 2024 keine Insel“

Umwelt und Klima können nur von einem starken Europa geschützt werden. Dafür werden Unternehmen benötigt. Österreich und Europa verlieren jedoch Wettbewerbsfähigkeit. Faktormärkte müssen klug entlastet werden, eine angemessene Standortperspektive ist einzufordern.

Warum sollen Produkte in Europa produziert werden, wenn außereuropäische Rohstoffe dafür importiert werden müssen? Wenn notwendige Arbeitskräfte qualitativ und quantitativ fehlen und zudem ebenso wie Finanz- und Naturkapital überdurchschnittlich teuer sind?

FH-Hon.Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider,
Geschäftsführer IWI:

- **Der schleichende Verlust ist der gefährlichste:** Standortentscheidungen werden immer häufiger gegen Europa gefällt. Und dabei geht es nicht nur

darum, dass Unternehmen von einem Tag auf den anderen aus dem Blickfeld verschwinden, sondern geringere, für Umwelt und Klima essenzielle, Investitionen stetig weniger Arbeitsplätze und damit Wertschöpfung mit sich bringen werden. Die USA, China und der Rest der Welt freuen sich über die sich ergebenden zusätzliche Konjunkturimpulse für ihre Wirtschaftsräume. Dass die abgewanderte Produktion außerhalb Europas oftmals abgeschwächten Umweltvorschriften unterliegt, sollte angesichts der Entwicklung des Weltklimas dann besser keine triviale Randnotiz sein.

- **Österreichs Standortattraktivität schwindet innerhalb Europas:** Kaufmännische Grundgesetze verlieren nicht gegen Standortpatriotismus. Dass Österreich international eine Spitzenposition bei Energiekosten einnimmt, stellt neben dem systemisch-wettbewerbs-schädlichen Negativeinfluss auf die heimische Inflationsentwicklung einen Druckpunkt dar, der sich mit dem Nachhaltigkeitsparadigma nicht mehr rechtfertigen lässt. Es geht nicht darum, dass von höheren Energiekosten Lenkungseffekte erwartet werden, sondern dass die Dimensionen nicht mehr zusammenpassen.

Was wird benötigt?

- **Die grüne Transformation braucht Kapital** (das, wenn überhaupt vorhanden, seinen Weg noch lange nicht in die richtigen Investitions-Kanäle findet), sie benötigt Arbeitskräfte mit Green Skills (bei einer demografisch ungünstigen Entwicklung und Lücken v.a. im Technikbereich) und ein verantwortungsvoll abgestimmtes Management von Naturkapital. Gezielte Förderinstrumentarien (welche auf den bestehenden Transformationsbedarf fokussieren, in anderen Ländern schon gefunden wurden, bei uns noch gesucht werden) sind wichtig, werden allein jedoch nicht reichen.
- **Mehr denn je ist der achtsame Blick über die Grenzen Österreichs notwendig**, um den Standort zu entwickeln. Dabei sind Lohnabschlüsse ein Thema wie steuerliche Belastungskurven oder förderpolitische Entscheidungen – all dies darf nicht aus rein nationaler Nabelschau bewertet werden. Oft genannte Stärken Österreichs z.B. in Forschung, Technologie und Innovation sollen nicht an relativem Gewicht verlieren bzw. durch die Verschärfung des Kostendrucks erodieren.
- **Sollte sich die EU** dann auch noch für eine nachhaltige Resilienz-Politik zum Erhalt kompakter zukunftsorientierter Wertschöpfungssysteme am Kontinent, für Pragmatismus anstatt Regulierungsdichte bzw. im weltökonomischen Wettstreit für Anpassungseffizienz entscheiden, dann ist das Rennen um zukünftigen Wohlstand bei gleichzeitiger Vorbildwirkung zwar weiterhin schwierig, aber nicht verloren.





Oliver Dworak, Geschäftsführer Energieinstitut der Wirtschaft, EIW: „Klimaschutz, Energiewende und Transformation der Industrie – Standortsicherung“

Klimaschutz, der Umbau unseres Energiesystems und die Transformation der Industrie sind weiterhin Top-Themen auf der politischen Agenda. Finanzierung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen gelingen bei guter wirtschaftlicher Entwicklung umso erfolgreicher.

Geplante Investitionen werden aufgrund der schwachen Konjunktur aufgeschoben, und internationale Unternehmen verlagern Kapazitäten und damit Arbeitsplätze in andere Länder. Wir können uns daher in diesem Wahljahr keinen politischen Stillstand leisten. Die rezessive Entwicklung, die auch die österreichische Industrie in der Breite erfasst hat, muss durch gezielte Impulse rasch überwunden werden.

Maßnahmen auf nationaler Ebene:

- **Sichere Versorgung mit Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen:** Österreichs Energiepreise gehören trotz des hohen Anteils erneuerbarer Energie zu den höchsten in Europa; im Vergleich zu den USA sind die Kosten rund dreimal so hoch. Besonders aber für die im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive Industrie sind nachhaltige Verfügbarkeit, hohe Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise zentrale Standortfaktoren.
- **Konsequenter Ausbau der Energie- und Klimainfrastruktur:** Versorgungssicherheit kann sowohl bei Gas als auch bei Strom nur mit dem raschen, in der Genehmigung noch effektiveren Ausbau der erforderlichen Leitungs- und Speicherinfrastruktur erreicht werden. Besonders hoher Handlungsdruck besteht dabei bei der Finanzierung und Umsetzung des Ausbaus der Gasinfrastruktur Richtung Norden und Süden.
- **Unterstützung der Industrie in der Transformation:** Die mit ersten Förderprogrammen eingeleitete Transformation der Industrie muss durch weitere Maßnahmen aktiv begleitet und unterstützt werden. Dazu zählen die Verlängerung der ETS-Strompreiskompensation zur Vermeidung von indirektem Carbon

Leakage, die kosteneffiziente Verfügbarkeit von erneuerbaren Gasen und klimaneutralem Wasserstoff und eine Carbon-Management-Strategie mit wettbewerbsfähigen Regelungen für Abscheidung, Transport und Weiterverarbeitung bzw. Speicherung von CO₂.

- **Forschung und Innovation:** Zur Beschleunigung von Innovationen und zur Unterstützung des Technologietransfers in marktfähige Produkte und klimaneutraler Technologien müssen die Mittel noch besser gebündelt werden. Dabei soll heimische Wertschöpfung in der Green-Tech-Industrie besonders im Fokus stehen.

Auf EU-Ebene:

- **Erweiterung des Green Deal:** Die zahlreichen Initiativen und politischen Ziele des Green Deal und des Fit-for-55-Pakets müssen für europäische Unternehmen finanzierbar und erreichbar sein, ohne an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Sie sollten daher durch neue Industrie- und KMU-Strategien unterlegt werden.
- **Energie-Versorgungssicherheit als zentralen Standortfaktor verankern:** Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat das Thema Energieversorgungssicherheit ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Initiativen wie AggregateEU als Plattform zum gemeinsamen Gaseinkauf, vor allem aber der rasche Ausbau der Gas- und Wasserstoffinfrastruktur müssen daher als zentrale Standortfaktoren für die europäische Industrie und Wirtschaft verankert werden.
- **CO₂-Grenzausgleich und Carbon-Leakage-Schutz wettbewerbskonform ausgestalten:** Der neue CO₂-Grenzausgleich (CBAM) darf neben seiner Funktion als Instrument des internationalen Klimaschutzes nicht zum Standortkiller für Wertschöpfungsketten der Industrie werden, sondern muss ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und ihre Exportfähigkeit uneingeschränkt aufrechterhalten.
- **Planbarkeit und Investitionssicherheit für Betriebe gewährleisten:** Zusätzliche steuerliche und administrative Belastungen in der Energieversorgung und bei der Finanzierung von Investitionen in Richtung Klimaneutralität sollten vermieden oder auf das erforderliche Mindestmaß reduziert werden. Dazu zählen CO₂-Bepreisung und Berichtspflichten zur Taxonomie. ●



Mag. Axel Steinsberg MSc (WKÖ)
axel.steinsberg@wko.at